

XXIII.

Vereinigte Staaten von Amerika und Kanada.*)

4. Januar. Der oberste Bundesgerichtshof lehnt die Berufung der Regierung gegen die vom Appellationsgericht verhängte Aufhebung des die Standard Oil Company zu einer Geldbuße von 29 Millionen Dollar verurteilenden gerichtlichen Erkenntnisses ab.

9. Januar. Präsident Roosevelt gibt als Material für die Untersuchung des Scheindienstes durch den Senat die Akten bekannt, die den Senator Tillman des Landschwindels überführen.

15. Januar. Der Schiedsgerichtsvertrag zwischen den Vereinigten Staaten und Oesterreich wird in Washington unterzeichnet.

18. Januar. Mit 126 gegen 78 Stimmen beschließt das Abgeordnetenhaus die Unterdrückung der Schmäherei des Abgeordneten Willets gegen den Präsidenten Roosevelt.

19. Januar. (Washington.) Japanische Einwanderungsfrage in Kalifornien.

Präsident Roosevelt richtet bei einer Ansprache in der Methodistischen Kirche einen öffentlichen Appell an Kalifornien wegen drei japanerfeindlicher Gesetzesvorlagen der kalifornischen Legislatur, wodurch die Japaner vom Landbesitz, ferner von der Leitung von Erwerbsgesellschaften ausgeschlossen und in besondere Stadtviertel gedrängt werden sollen. Er spricht nicht aus Sentimentalität und würde sich nicht scheuen, im Notfalle den großen Stolz zu gebrauchen; aber Vereinbarungen mit Japan hätten sich bestend bewährt.

Der japanische Botschafter in Washington erhebt beim Staatsdepartement gegen die Japan feindliche Gesetzgebung des Staates Kalifornien Einspruch. (Siehe 21. Januar.)

19. Januar. Der Senat beschließt die Befehle des Bundespräsidenten einschließlich der Reiseflosten-Entschädigung von 75 000 auf 100 000 Dollar zu erhöhen.

*) Wo beim Datum ein Datum fehlt, bezieht es sich auf die Vereinigten Staaten.